

Wird es besser in der Politik?

Österreich, USA: Neuerungssucht, Ungeduld und Kompromissverteufelung erzwingen ständig Reaktionen

■ HUBERT FEICHTLBAUER



Hubert Feichtlbauer, war Chefredakteur von „Wochenpresse“ (1970–73), „Kurier“ (1973–75) und „Furche“ (1978–84) bzw. bis zu seiner Pensionierung Leiter der Presseabteilung der Bundeswirtschaftskammer (1984–92). Er war von 1998 bis 2000 Vorsitzender der Plattform „Wir sind Kirche“.

Wird Rot-Grün in Wien spannender, als Rot-Schwarz gewesen wäre? Auf diese Frage darf man risikolos ein Ja als Antwort geben. Auch in der Wolle der Nachkriegszeit gefärbte Großkoalitionäre müssen zugeben, dass auch den meisten von ihnen der ewig gleiche Hader über Gesamtschule oder Typenvielfalt oder Homo-Ehe versus eingetragene Partnerschaft längst zum Hals heraushängt.

Wird eine links-linke Stadtregierung für Wien besser sein als eine aus der linken und rechten Mitte heraus agierende? Das ist eine echt blöde Frage. Was ist heute links? Gewerkschaftspolitik im Stil des 20., oft fast noch des 19. Jahrhunderts? Rote Manager(innen) in international erfolgreichen privaten Konzernunternehmen? In Oberösterreich, wo eine schwarz-grüne Landesregierung seit Jahren ziemlich geräuschlos, aber effektiv arbeitet, haben die Grünen keine Tabaktrafiken als Drogenabgabestellen eingerichtet und in der schwarz-grün regierten Stadt Graz die Einschränkung der Bettelfreiheit mitgetragen – also werden sie schon auch in Wien das Autofahren und die U-Bahn-Überwachung nicht abschaffen.

Alles Ganz und sofort

Sicher ist: Das Regierungspärchen Häupl/Vassilakou kann zum Start mit großer Zustimmung rechnen – weil es neu ist. Wie lange das dauern wird, sollte sich bald zeigen. Politik ist vielfach zu kurzlebiger Unterhaltungsindustrie verkommen. Nicht die Regierung bestimmt mehr die politische Themensetzung, sondern das politische Kasperlspiel in den Medien dirigiert die Politik. Noch nie haben sich immer größer werdende Wählermassen so rasch wie heu-

te von Wahl zu Wahl in unterschiedliche Richtungen bewegt.

Das haben auch die Zwischenwahlen in den USA eine Woche vor der Wiener Landtagswahl gezeigt. Immer hat auch früher jeweils die Partei zugelegt, der der regierende Präsident nicht angehört. Aber so stark wie bei den letzten drei Wahlen war der gegensätzliche Pendelausschlag in Amerika seit einem halben Jahrhundert nicht. Den ohrenbetäubenden Obama-Jubel vom 4. November 2008 haben auch wir heute noch im Gehör. Und dann der Triumph der Republikaner am 2. November 2010!

Natürlich sind für komplexe Vorgänge nie nur einfache Ursachen ausschlaggebend. Monokausal ist die Welt längst nicht mehr zu erklären, war es, genau genommen, nie. Trotzdem kann man zuspitzend sagen: Die Wunderwaffe „Change“ ist in den Händen Obamas zum Bumerang geworden. Vor zwei Jahren wollte eine große Mehrheit der US-Wähler, dass alles anders wird. Dabei hatte der Präsident für den Beginn eigentlich nur eine Krankenpflichtversicherung für möglichst viele, Wiederankurbelung der Konjunktur, Reform der Finanzwirtschaft und eine konstruktive Klimaschutzpolitik versprochen. Die ersten drei der vier Versprechungen wurden bereits eingelöst – das war denen, die über Nacht in einer neuen Welt mit mehr Sicherheit und weniger Steuern leben wollten, zu wenig.

So ist Politik heute: Wir möchten alles ganz und möglichst gleich haben. Das berühmte „langsame Bohren in harten Brettern“ kann sich der gute Max Weber längst in die Haare schmieren. Wer nach drei Bohrerwindungen noch nicht am Endziel ist, wendet sich enttäuscht ab und anderen Verheißungen und Verheißern zu.

Einsicht statt Ungeduld

Auch der Landeshauptmann-Bonus ist nicht mehr das, was er einmal war: Das hat die ÖVP in Salzburg schon bei der vorletzten Landtagswahl und diesmal die steirische SPÖ erleben müssen, die denkbar knapp gerade noch mit einem blauen (= roten) Auge davongekommen sind. Wer glaubt da noch an die Möglichkeit, dass sich in Kärnten nie mehr etwas ändern wird? Was man in jüngster Zeit von Landeshauptmann Dörfler in der Ortstafelfrage zu hören bekam, ist doch auch ein Beweis dafür, dass Einsicht und nicht nur Ungeduld notwendige Reformen bewirken kann.

Freilich: Kompromisse, die Edelwerkzeuge der Politik, gelten für immer mehr Menschen als prinzipiell schmutzig. Das hat Jörg Haider zu spüren bekommen, als er sich vor zehn Jahren zur Regierungsmitverantwortung entschloss: Mit einer Wendung es den meisten seiner Anhänger viel zu langsam. Jetzt spürt es Barack Obama: weil das neue Amerika immer noch das alte Amerika ist, in all seiner unauflöslchen Widersprüchlichkeit. Und vielleicht morgen schon werden auch die Tea-Party-Schwärmer, die heute damit drohen, dass es für sie „nur Prinzipien und keine Kompromisse“ gebe, draufkommen, dass solche Erwartungen nur in Enttäuschung münden können. Wie sollte ihr Wunsch nach gleichzeitiger Steuer- und Defizitsenkung denn realisierbar sein?

Auch in Wien wird es für viele ein böses Erwachen geben, wenn sie merken, dass es in der Stadt auch im übernächsten Jahr noch keine Schnäppchentarife in den Öffis und die Ringstraße als Fußgängerzone und Fahrgenehmigung nur für Elektroautos geben wird. Sobald der Reiz des Neuen verflogen ist und erste Abnützungerscheinungen sichtbar geworden sind, wird das Murren losgehen: Warum hat der knorrige Sascha mir keinen Seminarplatz und dem türkischen Botschafter keine Red-White-Red-Card verschaffen können? Warum hat die schöne Austrogriechin mit dem charmanten Schneidezahnsplatt nicht die Hundstrümmerl von unserem Spielplatz persönlich weggeräumt?

Popstars statt Politiker

Durch die politische Welt entwickelter Demokratien zieht sich seit Jahrzehnten ein deutlicher Trend weg von traditionellen Parteien und festen Bindungen an eine bestimmte („meine“) Partei, hin zu Unabhängigkeit und Wechselwählerverhalten. Nun hat dieser Wähler-Trend auch auf die Gewählten übergegriffen. In Großbritannien haben 1951 noch 97 Prozent der Wähler(innen) entweder konservativ oder Labour gewählt, heuer nur noch 65 Prozent. Bei der jüngsten britischen Parlamentswahl bewarben sich mehr unabhängige Kandidaten als je seit 1885. Auch in anderen Ländern Europas spielen neue oder bisher nur zur Opposition verurteilte Parteien zunehmend eine Rolle. Überall werden politische Quereinsteiger gesucht, oft gleich für Spitzenpositionen.

In den USA wollte Obama eine Art „jenseitiger“ Präsident für Anhänger beider Parteien werden. Das ist bisher schief gegangen, weil die Republikaner ihn als tödliche Bedrohung empfanden und nach seinem Kanter Sieg 2008 die gesamte politische (und finanzielle!) Macht auf seine Zerstörung konzentrierten. Aber seit der Zwischenwahl wissen sie, dass ihrer Partei mittelfristig eine andere Gefahr droht: die Ablösung bewährter Funktionäre durch unberechenbare Tea-Party-Aktivistinnen, die ein Kommentator mit rebellischen Teenagern verglich, „die von den Eltern die Autoschlüssel fordern und im Familienauto scharf nach rechts abhauen werden“.

Das also ist die Situation, die politische Verantwortungsträger heute herausfordert: Massenmedien, die Politiker täglich zu neuen „Sagern“ zwingen und damit von überlegten Konzepten ablenken; ungeduldige Wähler, die in immer rascherer Abfolge Neues und Neues erleben möchten und für Politik als kompromissorientiertes Langzeitprojekt immer weniger übrig haben. Sie möchten überzeugende Persönlichkeiten sehen, die geil wie Popstars sind, aber nur viel weniger als diese verdienen dürfen und ihre Versprechungen ohne Abstriche über Nacht verwirklichen sollen. Ob Österreichs politisches Personal diese Wünsche erfüllen kann? Oder soll? ■

■ Politik ist vielfach zu kurzlebiger Unterhaltungsindustrie verkommen.